



NEWSLETTER 07/2018

FORUM | MIGRATION



Foto: © Chris – Fotolia.com

Streitfall Abschiebung

Die Bundesregierung hat sich entschieden: Es soll mehr abgeschoben werden. Doch was heißt das in der Praxis? Für die Abschiebung des To-goers Yussif O. aus Ellwangen wurden Anfang Mai mehrere hundert Polizisten zu einem Großeinsatz angefordert, die versuchte Abschiebung eines Afghanen aus einer Berufsschule in Nürnberg im vergangenen Jahr lief aus dem Ruder. Die Diskussion ist voll entbrannt.

Nach der zunächst von anderen Heimbewohnern verhinderten Abschiebung von Yussif O. aus Ellwangen, schrieb die Bild-Zeitung „Ein Staat, der den Mob regieren lässt, verliert den Respekt seiner Bürger.“ Der CDU-Innenpolitiker Armin Schuster sagte; „In unserem Rechtsstaat gibt es eindeutige rote Linien, die mittlerweile beinahe täglich von Asylbewerbern vorsätzlich überschritten werden.“

Berthold Weiß, der Leiter der Landeserstaufnahmestelle (LEA), sagte hingegen einige Tage später dem NDR-Magazin ZAPP, er habe das Gefühl, dass die Ereignisse aufgebauscht wurden, „dass hier unterschiedliche politische Parteien aber auch unterschiedliche Medien diesen Vorfall schon

genutzt haben, um für ihre Sache Stimmung zu machen“.

Das Bundesinnenministerium deutete in einer Stellungnahme Mitte Juni an, dass sich bei den Abschiebungen auch die Länder stärker engagieren sollten. Es schrieb, bislang seien Abschiebungen nahezu ausschließlich durch Bundespolizisten begleitet worden, „obwohl auch die Länder über die rechtlichen und teilweise auch die tatsächlichen Möglichkeiten verfügen, Rückführungen auf dem Luftweg zu begleiten“. Der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Jörg Radek, sagte dazu der DPA: „Alles, was hilft die Last auf mehr Schultern zu verteilen, ist gut.“

Die Zahl der Abschiebungen liegt in diesem Jahr bisher in etwa auf dem Niveau von 2017. Das geht aus einem Bericht der Bundesregierung an den Innenausschuss des Bundestages hervor. Darin heißt es, in den Monaten Januar bis April habe es dieses Jahr 8736 „zwangsweise Rückführungen“ gegeben. Im gesamten Jahr 2017 gab es 25.673 Abschiebungen. 2016 waren es 26.654.

Bericht in der taz: <http://www.taz.de/!5500584/>

INHALT 07/2018

Streitfall Abschiebung	1
Ein Heim für die neuen Pflegekräfte	2
Ärzte strenger als Apotheker	2
Anerkennungs-News	2
Forscher: Regierung vermittelte Asylpolitik nicht	3
Türkei: Gewerkschafter aus Remscheid verhaftet	3
Wer darf mit einem Visum nach Deutschland?	3
News + Termine	4
„Du bist aber empfindlich“, oder warum niemand über Alltagsrassismus reden mag – Kommentar von Giorgina Kazungu-Haß, MdL (SPD) in Rheinland-Pfalz	5



Porträt Anerkennung: Uniklinik Münster

Ein Heim für die neuen Pflegekräfte

Die Wohnungsnot in Münster ist ein Problem für alle – vor allem aber für Menschen, die neu in die Stadt kommen. So wie die Dutzenden Pflegefachkräfte, die das Universitätsklinikum (UKM) angeworben hat: Für sie mietete das UKM nun eigens Wohnungen an. „In der Universitätsmedizin insbesondere in der Forschung ist es eine gewisse Normalität, dass hier am UKM auch Mitarbeiter aus dem Ausland tätig sind“, sagt die UKM-Sprecherin Marion Zahr Forum Migration. Die Anwerbung von Pflegekräften aber sei ein eher neues Phänomen. „Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist leergefegt.“ 200 Fachkräfte hat das UKM deshalb angeworben. Seit 2013 läuft die Anwerbung in Italien und Spanien, jetzt hat die Klinik diese Aktivitäten auf Brasilien, Kolumbien und Vietnam ausgeweitet. Es ist das erste Mal, dass die Klinik Pflegepersonal außereuropäisch anwirbt. Zwar gebe es internationale Standards für die Ausbildung und Studium, sagt Zahr. Dennoch lägen die Anforderungen in Deutschland zumeist etwas höher. Sprachliche Fertigkeiten müssen über das B2-Zertifikat nachgewiesen werden. Hierfür bekommen die neuen Mitarbeiter nach ihrer Ankunft in Deutschland zunächst einen Intensivkurs in Stuttgart. Eine weitere Fachsprachenprüfung erfolgt nach etwa acht bis zwölf Monaten Hospitation. „Den Wohnraum haben wir angemietet um Barrieren möglichst gering zu halten“, sagt Zahr. Die Wohnungssuche sei in Münster sehr schwer geworden. Neu eingestellt hat das UKM für die Kolleg_innen aus dem Ausland einen Pflegepädagogen in der Krankenpflegeschule, der bei der theoretischen Nachschulung im Anerkennungsverfahren unterstützt, eine Integrationskraft für Verwaltungsfragen und die Vertragsbearbeitung, sowie anderthalb Vollzeitkräfte in der Pflegeorganisation. Diese sollen die neuen Mitarbeiter_innen betreuen. Dazu gibt es Mentoring-Programme, bei dem schon länger in Münster tätige Mitarbeiter_innen mit interkulturellem Hintergrund den neuen Kolleg_innen zur Seite stehen. Die neuen Mitarbeiter_innen aus Brasilien etwa haben einen Bachelor-Studiengang in der Pflege absolviert. Sie werden zunächst als Pflegeassistenten angestellt und wie die deutschen Pflegeassistenten bezahlt. Die Zeugnisse der neuen Mitarbeiter_innen werden vom Landesprüfungsamt in Düsseldorf geprüft. Dann folgt eine theoretische und praktische Prüfung beim Gesundheitsamt in Münster mit anschließender Beurteilung und Mitteilung an das Klinikum, was nachgeschult werden muss. Nach einem Jahr arbeiten sie eigenverantwortlich auf der Station. „Auch unser Patienten-Klientel wird immer interkultureller“, sagt Zahr. Nahezu alltäglich gebe es Situationen, in denen es helfe, „wenn Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter aus dem gleichen Land kommen wie Patienten und neben den sprachlichen auch die kulturellen Hintergründe kennen“.

Ärzte strenger als Apotheker

Anders als die Ärztervertretung will die Bundesapothekerkammer die Standards für die Approbation ausländischer Pharmazeuten in Deutschland nicht verschärfen. Das berichtet die Deutsche Apotheker Zeitung.

Der Deutsche Ärztetag hatte im Mai beschlossen, dass Ärzte aus Nicht-EU-Ländern, die in Deutschland arbeiten wollen, das deutsche Medizin-Staatsexamen statt, wie bisher, eine so genannte Gleichwertigkeitsprüfung absolvieren sollen. Der Gesetzgeber sei es dem Patientenschutz schuldig, dass diese Mediziner_innen über dieselben Kenntnisse wie in Deutschland ausgebildete Ärzte verfügen, forderten die Delegierten. Landesärztekammern hatten zuvor Zweifel geäußert, dass Ärzt_innen aus Ländern außerhalb der EU über dieselben Kompetenzen wie in Deutschland ausgebildete Mediziner verfügen. Der Ärztetag plädierte zugleich für einen stärkeren Datenaustausch zwischen den für die Erteilung der ärztlichen Approbation zuständigen Behörden der Bundesländer, um einen möglichen „Approbationstourismus“ zu unterbinden. Die Qualifikation von Ärzt_innen, die in außereuropäischen Ländern Medizin studiert haben, hatte auf dem Ärztetag zu intensiven Debatten geführt. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hatte vor

den Ärzt_innen dafür plädiert, die Verfahren zur Anerkennung ausländischer Medizin-Abschlüsse zu beschleunigen. Sie sollten aber gleichzeitig auch gründlicher werden.

Auch viele Apotheker_innen, die ihre Ausbildung im Ausland absolviert haben, beantragen jährlich Approbationen. Wie viele es genau sind, lässt sich nach Auskunft der Bundesapothekerkammer nicht sagen, da aus den an die Landesvertretung übermittelten Daten nicht ersichtlich ist, ob die Approbationen an Bürger_innen aus einem EU-Mitgliedstaat, einem EWR-Staat, der Schweiz, Staatsangehörigen aus so genannten Drittstaaten oder deutschen Staatsbürger_innen erteilt wurden. Im Gegensatz zu den Ärzt_innen ist aber die Bundesapothekerkammer nicht der Auffassung, dass die Qualifikation der Bewerber nicht ausreichend nachgewiesen wird. Das berichtete die Deutsche Apotheker Zeitung (DAZ) „Die anerkennungsrechtlichen Vorgaben in der Praxis werden verantwortungsvoll umgesetzt. Daher bewerten wir die Regelungen für die Anerkennung nach jetzigem Stand für ausreichend. Möglicherweise wird von Ärzten aus Drittländern nicht in dem Umfang die Kenntnisprüfung verlangt wie von Apothekern“, so eine Sprecherin der Bundesapothekerkammer zur DAZ.

Anerkennungs-News

Anerkennung der Hochschulausbildung: Baltische Staaten gehen voran

Estland, Lettland und Litauen wollen akademische Qualifikationen im Bereich der Hochschulbildung künftig automatisch gegenseitig anerkennen. Darauf einigten sich die Minister für Bildung und Forschung der drei Baltenstaaten. Das Abkommen sieht eine einfachere Anerkennung von akademischen Abschlüssen, beruflichen Hochschuldiplomen und Abschlüssen des Sekundarbereichs II vor. Es sei eine gemeinsame Anstrengung der baltischen Staaten zur Schaffung des Europäischen Hochschulraums, erklärten die Minister_innen in einer Mitteilung. „Die Vereinbarung macht es den Studenten leichter“, so Estlands Bildungsministerin Mailis Reps. „Dies erhöht die akademische Mobilität, macht unser Hochschulsystem offener und internationaler, und unterstützt auch die Mobilität der Arbeitskräfte.“ Vor fast 20 Jahren hatten zahlreiche europäische Staaten den so genannten Bologna-Prozess gestartet. Damit sollen europaweit Studiengänge und Abschlüsse harmonisiert und die internationale Mobilität von Studenten gefördert werden. Bisher ist dies jedoch längst nicht in jedem Land gleich gut umgesetzt.

Arbeitgeber gründen Bundesarbeitsgemeinschaft Ausländische Pflegekräfte

Auf Initiative des Arbeitgeberverbandes Pflege e.V. haben sieben Verbände die Bundesarbeitsgemeinschaft Ausländische Pflegekräfte (BAGAP) gegründet. Gründungsmitglieder waren unter anderem der Arbeitgeberverband Pflege e.V., der Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe e.V. sowie die DEKRA Qualification. Die BAGAP wird wohl den Erfahrungsaustausch und die Vernetzung rund um die Themen zur Rekrutierung und Beschäftigung ausländischer Pflegekräfte fördern, heißt es in einer Erklärung des Verbandes. Zwingend notwendig sei, deutschlandweit einheitliche Regelungen zur Beschäftigung und Rekrutierung ausländischer Pflegekräfte sowie den Prozess der Zuwanderung aus Drittstaaten für den Pflegebereich in einem Fachkräftezuwanderungsgesetz zu definieren, sagte BAGAP-Sprecherin Isabell Halletz. Damit hätten auch die Botschaften in den jeweiligen Drittstaaten eine einheitliche Entscheidungsgrundlage, denn 16 unterschiedliche Regelungen zur Zuwanderung und Anerkennung ausländischer Abschlüsse lassen „alle Beteiligten verzweifeln, führen zu langwierigen Antragsverfahren und undurchsichtigen Entscheidungsprozessen“.



Forscher: Regierung vermittelte Asylpolitik nicht

Das Thema Migration hat im Bundestagswahlkampf 2017 eine zentrale Rolle gespielt – allerdings nicht zu Gunsten der etablierten Parteien. Keine von ihnen konnte sich mit diesem Thema klar profilieren. Dagegen diente Migration der AfD als Ausgangspunkt zahlreicher gezielt hervorgerufener Provokationen. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung des Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM).

Obwohl die Zuwanderung eine erhebliche Rolle in der öffentlichen Diskussion spielte und die Regierung seit 2015 viele Entscheidungen der Migrationskontrolle getroffen hatte, sei dies im Wahlkampf der Regierungsparteien nicht dargestellt worden, heißt es in der Studie. Der Wahlkampf sei von „fame avoidance“ bestimmt gewesen: Die Regierungsparteien hätten die von ihnen auf den Weg gebrachten Gesetzesänderungen und erzielten Steuerungser-

folge nicht dargestellt. Tatsächlich hatte das Regierungshandeln ab 2016 eine restriktive Ausrichtung mit einer Vielzahl von Einschränkungen und Härten für Schutzsuchende. Doch dies sei der öffentlichen Wahrnehmung weit gehend entzogen geblieben. Die entstandene Kluft zwischen Entscheidungs- und Darstellungspolitik habe politisch weiten Raum für Vorwürfe gelassen, die Regierung sei blind gegenüber Problemlagen und habe das Vertrauen der Bürger_innen geschwächt.

Der Grund hierfür, so vermuten die Forscher_innen, sei unter anderem, dass eine offene Kehrtwende als „generelles Glaubwürdigkeits- und Kohärenzproblem, sogar als Fehlereingeständnis wahrgenommen worden und damit das Bild einer wankelmütigen, in ihrem strategischen Kurs unsicheren Kanzlerin entstanden wäre“. Zum anderen sei anzunehmen gewesen, dass die aktive Zivilbevölkerung eine solche Wende als Entwertung ihrer Arbeit empfunden hätte,

was Wählerpotenzial gekostet hätte; negative Auswirkungen auf die Mobilisierung der dringend benötigten zivilgesellschaftlichen Hilfe wären zu erwarten gewesen, so das Papier.



Symbolfoto: © Matthias Stolt – Fotolia.com

Türkei: Gewerkschafter aus Remscheid verhaftet

Der Gewerkschafter und Migrationsberater Adil Demirci aus Remscheid wurde in der Türkei verhaftet. Seine Freunde und Kollegen kämpfen für seine Freilassung.

Am 13. April 2018 ist Adil Demirci in der Türkei verhaftet worden. Dort war er mit seiner schwer erkrankten Mutter auf Verwandtschaftsbesuch. Seitdem sitzt er in der Haftanstalt Silivri in Istanbul, zeitweise sogar in Einzelhaft. Im gleichen Gefängnis waren auch Can Dündar, Peter Steudtner und Deniz Yücel inhaftiert. Wie so häufig bei Regierungskritikern und Oppositionellen lautet auch bei Adil Demirci der Vorwurf der türkischen Justiz:

Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation und Terrorpropaganda. Konkret wirft der türkische Staat Adil Demirci vor, an drei Beerdigungen in den Jahren 2013, 2014, 2015 teilgenommen zu haben. Seine Unterstützer sagen, Adil habe als Journalist an diesen Beerdigungen teilgenommen, um darüber zu berichten.

Demirci arbeitet als freier Journalist und Übersetzer für die Nachrichtenagentur ETHA, die der linken Sozialistischen Partei der Unterdrückten nahesteht. Demirci arbeitet außerdem beim Jugendmigrationsdienst des IB (Internationaler Bund) in Remscheid. Dort berät und unterstützt er traumatisierte junge

Geflüchtete bei der Suche nach beruflichen und schulischen Perspektiven. Als Mitglied der Gewerkschaft ver.di engagiert er sich auch für den Betriebsrat und für seine Arbeitskolleg_innen.

Wie lange die Untersuchungshaft von Demirci dauern bzw. wann sein Prozess in der Türkei fortgeführt wird, ist zum aktuellen Zeitpunkt nicht klar. Seine Familie macht sich große Sorgen um seinen Gesundheitszustand, die Kommunikation mit ihm sei „massiv eingeschränkt worden“, berichtet sein Unterstützer_innenkreis.

 <https://www.facebook.com/freedadildemirci/>

Wer darf mit einem Visum nach Deutschland?

So viele Visa stellten die deutschen Konsulate 2017 aus

	Bearbeitet	Erteilt	Abgelehnt	Ablehnungsquote
Welt	2.417.097	2.200.235	205.345	8,50 %
China	435.185	419.686	14.810	3,40 %
Russland	314.785	306.168	7.656	2,43 %
Türkei	298.521	261.818	35.442	11,87 %
Indien	182.948	169.867	12.485	6,82 %
Saudi-Arabien	65.287	48.040	2.368	4,54 %
Thailand	62.381	60.498	1.772	2,84 %
Iran	58.104	49.733	7.958	13,70 %
Kuwait	50.499	48.040	2.368	4,69 %
Kasachstan	42.761	41.291	1.316	3,80 %



News + Termine

Berlin: Mehr Migrant_innen in Verwaltung und öffentlichen Betrieben

In der Berliner Verwaltung und in Berliner Unternehmen gibt es immer mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund. Im laufenden Ausbildungsjahr stieg die Zahl dieser neu eingestellten Auszubildenden um 2,1 Prozentpunkte auf einen Anteil von insgesamt 27,2 Prozent, sagte Berlins Integrationsbeauftragter Andreas Germershausen am Mittwoch in Berlin. Dies sei ein Erfolg der Senatsinitiative „Berlin braucht Dich!“ zur Gewinnung von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund. In Zusammenarbeit mit Schulen, Unternehmen und Verwaltungen organisiert „Berlin braucht Dich!“ unter anderem Infotage und Praktika. In Berlin liegt der Anteil der unter 21-Jährigen mit Migrationshintergrund bei 43 Prozent.

 <https://www.berlin-braucht-dich.de>

Kirchenasyl: Ministerium arbeitet an Weisung für verschärfte Regeln

Das Bundesinnenministerium erarbeitet eine Weisung für verschärfte Regelungen bei so genannten Dublin-Fällen im Kirchenasyl. Die Innenminister hatten Anfang Juni in Quedlinburg beschlossen, dass die so genannte Überstellungsfrist für bestimmte Fälle im Kirchenasyl von sechs auf 18 Monate erhöht werden soll. Die Überstellungsfrist ist der Zeitraum, in dem ein Asylbewerber bzw. eine Asylbewerberin aus Deutschland in den nach der so genannten Dublin-Verordnung eigentlich zuständigen europäischen Staat zurückgeschickt werden kann. Wird der Antragsteller in dieser Zeit nicht zurückgeschickt, ist automatisch die Bundesrepublik für die Prüfung des Asylantrags zuständig. Durch das Kirchenasyl wird die Frist oftmals überschritten. Mit einer Erhöhung der Frist auf 18 Monate werden bestimmte Kirchenasyl-Fälle künftig nach der Dublin-Verordnung behandelt wie Fälle, in denen eine Person flüchtig ist. Zum Stichtag 12. Juni befanden sich 781 Menschen in Deutschland im Kirchenasyl.

10-Punkte-Plan: So sollen Flüchtlinge in Arbeit kommen

OECD und UNHCR haben einen 10-Punkte-Plan für bessere Beschäftigungsbedingungen von Flüchtlingen beschlossen. Viele jener Migrant_innen, die in den vergangenen Jahren nach Deutschland gekommen waren, seien inzwischen so weit, dass sie nach Arbeits- oder Ausbildungsmöglichkeiten suchten, sagte der Vertreter des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) in Deutschland, Dominik Bartsch. Der Plan sieht unter anderem vor, die Kompetenz von Flüchtlingen besser zu erfassen und zu überprüfen.

 <https://bit.ly/2twpTwZ>

Arbeitsmarkt: Jeder vierte seit 2015 gekommene Flüchtling hat Arbeit

Von den Geflüchteten, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind, hat mittlerweile jeder Vierte

eine Arbeit gefunden. 20 Prozent verfügen sogar über eine sozialversicherungspflichtige Anstellung. Dies berichtet die „Rheinische Post“ mit Berufung auf das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Gewerkschaft: Neue Flyer für Interessierte in vielen Sprachen

Sie arbeiten in Deutschland? Werden Sie Mitglied einer Gewerkschaft! Um Rechte gegenüber dem Arbeitgeber besser durchzusetzen, lohnt es sich, Mitglied einer Gewerkschaft zu werden. Ein von der Beratungsstelle Faire Mobilität herausgegebener Flyer informiert über Gewerkschaften in Deutschland und über Vorteile sowie Möglichkeiten einer Mitgliedschaft. Der Flyer steht in den Sprachen EN, PL, BUL, HU, AT, CRO zum Download bereit.

 <http://www.faire-mobilitaet.de>

Schlachthof: Gericht verurteilt betrügerischen Arbeitsverleiher

Ein Bulgare hatte von 2007 bis 2009 insgesamt 527 bulgarische Arbeiter illegal an die Firmen Wiesenhof in Lohne und die Wiesenhof-Tochter Geestland in Wildeshausen (Niedersachsen) verliehen. Nun wurde der 49-Jährige vom Oldenburger Landgericht zu einem Jahr Haft auf Bewährung verurteilt. Im Rahmen der Bewährungsauflagen muss der Angeklagte 10.000 Euro an den Staat zahlen. Der 49-Jährige hatte die Arbeiter im Rahmen von Werkverträgen verliehen. Diese Werkverträge seien faktisch aber nie gelebt worden, sagte die Vorsitzende Richterin. Die Arbeiter seien „komplett eingegliedert gewesen“ und erhielten dort auch ihre Anweisungen, berichtete die Nordwestzeitung. Das widerspricht einem Werkvertrag. Die Arbeiter hätten pro Stunde regulär 25 Euro gekostet. Wiesenhof soll an die Vermittlerfirma in Lohne nur 9,50 Euro pro Stunde gezahlt haben. Die Vermittlerfirma zahlte dem Angeklagten dann nur 6,50 Euro pro Stunde. Und der wiederum entlohnte die Schwerstarbeit seiner Arbeiter mit vier Euro pro Stunde.

 Bericht in der Nordwestzeitung: <https://bit.ly/2Knf5b5>

„Mobilitätspaket“ DGB kritisiert EU-Parlament

Die Bestätigung des so genannten Mobilitätspakets der EU durch den Verkehrsausschuss sei „eine marktliberale Kehrtwende“, sagte DGB Vorstand Annelie Buntenbach. Für die Beschäftigten im europäischen Straßenverkehr sei das Abstimmungsergebnis „eine Ohrfeige“. Zentraler Kritikpunkt ist, dass bei internationalen Straßentransporten die Schutzbestimmungen der Entsenderichtlinie für die Beschäftigten im Verkehrssektor erst nach mehreren Tagen gelten sollen. So werde Monat für Monat ein Dumping-Fenster geöffnet, fürchtet der DGB. Zudem sollen die Lenk- und Ruhezeiten so verändert werden, dass LKW-Fahrer drei Wochen am Stück in

Europa unterwegs sein dürften. Sie müssten dann mindestens 20 statt 12 Tage am Stück im LKW verbringen. Die reguläre Ruhezeit soll auch in abgegrenzten Zonen auf Raststätten verbracht werden können, statt dass Anspruch auf eine Rückkehr nach Hause besteht.

Termine

Mentor_innenausbildung für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt Rheinland-Pfalz/Saarland und Hessen-Thüringen

Teil I: 30. August bis 01. September 2018

Teil II: 14. bis 15. September 2018

Veranstaltungsort: Kaiserslautern

Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt und Nord

Teil I: 31. August bis 01. September 2018

Teil II: 14. bis 15. September 2018

Veranstaltungsort: Bremen

Bayern und Baden-Württemberg

11. bis 13. Oktober 2018

Veranstaltungsort: DGB Bildungswerk Bayern

Nordrhein-Westfalen

19. bis 20. Oktober 2018

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Tagung Managing Diversity Plus

04. September 2018

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Düsseldorf

Workshop „Keine Panik vor Dynamik“

06. September 2018

Veranstaltungsort: Düsseldorf

Grundlagenseminar im Rahmen der Ausbildung zur betrieblichen Fachkraft ANERKENNUNG

16. bis 21. September 2018

Veranstaltungsort: Steinbach/Taunus

Unterstützung von Auszubildenden mit Fluchterfahrung im Betrieb

20. September 2018

Veranstaltungsort: Steinbach/Taunus

Mentor_innentraining Berlin-Brandenburg und Sachsen

26. bis 27. Oktober 2018

Veranstaltungsort: Berlin

NORD: Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt

16. bis 17. November 2018

Veranstaltungsort: Hamburg

 Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:

<http://bit.ly/1Jv9okq>



„Du bist aber empfindlich“, oder warum niemand über Alltagsrassismus reden mag



© Foto: SPD-Fraktion RLP, A. Heiman

Kommentar von Giordina Kazungu-Haß, MdL (SPD) in Rheinland-Pfalz

Die afrodeutsche Politikerin Giordina Kazungu-Haß wurde im Mai bekannt, weil ein Schaffner der Deutschen Bahn sie und ihre Familie aus einem 1. Klasse-Abteil werfen wollte, ohne zuvor nach einem Ticket gefragt zu haben*. Kazungu-Haß machte den Fall öffentlich, die Bahn musste sich entschuldigen.

Menschen, die anders aussehen, werden in unserem Land in der Regel als fremd empfunden. Obgleich bereits jede bzw. jeder 5. Deutsche einen Migrationshintergrund hat, ist diese Schublade immer noch für alle gedacht, die eine andere Hautfarbe haben, oder sonstige Merkmale, die aus der Sicht der oder des Betrachtenden aus der gängigen Masse herausfallen. Es gibt Begriffe wie „Biodeutsche“, die das untermauern, längst haben sie Einzug in den öffentlichen Diskurs der Mitte genommen. Es ist eine Form des Rassismus die im angelsächsischen Sprachraum mit „Colorism“ eine eigene Bezeichnung erhalten hat. Es sind also nicht zwingend Menschen außerhalb Europas betroffen, es kann auch ein Südschwarzspanier sein, oder eine Italienerin, die abwertend behandelt werden, weil sie eben nicht dazugehören.

Bemerkbar machen sich diese Abwertungen in allen Lebensbereichen. Im Restaurant wird man später bedient, auf dem Amt wird man laut und überartikuliert angesprochen, bei einer Kontrolle wird man als einzige Person herausgezogen und auf Herz und Nieren überprüft. Beruflich wird einem oft weniger zugetraut, Schülerinnen und Schüler erhalten weniger Empfehlungen für das Gymnasium und es geht so weit, dass öffentliche Ämter und Mandate oft auch aus dem Grund nicht

mit Poc (Person of colour) besetzt werden, weil Parteien schlicht Angst haben, so entscheidende Stimmen zu verlieren. All das sind Binsenweisheiten und sie sind weit gehend bekannt. Rassismus ist in Deutschland ein Tabu. Besser wäre aber zu sagen: Das Reden über Rassismus ist in Deutschland ein Tabu. Und das zeigt, wie nötig es ist, eine breite Debatte darüber zu führen.


Immer wieder wehren sich Poc gegen Rassismus, erzählen von ihren Erlebnissen, um zu sensibilisieren. Egal, ob sie es im öffentlichen Raum tun und die Medien es aufgreifen, oder im privaten Umfeld, in der Regel finden sich sofort eine Reihe von nicht betroffenen Menschen, die das Erlebnis banalisieren wollen, oder gar übertriebene Empfindlichkeit vorwerfen. Es werden dabei unzulässige Analogien bemüht, auf andere Formen der Diskriminierung hingewiesen und Rassismus als Begrifflichkeit verwässert. Die wütenden Kommentare von rechten Trollen im Netz sind dabei nur ein kleiner Teil des Problems, vielmehr ist es der Diskurs der Mitte der schief verläuft. „Die Täter_innen verdienen Verständnis“, so die einhellige Meinung dieser leider großen Gruppe in unserem Land, in Wahrheit geht es ihnen aber um ihre Selbstwahrnehmung als Teil der „Deutschen“, die angeblich unter „Generalverdacht“ gestellt werden.

Getrieben von der Idee der aufgeschlossenen, bunten Bundesrepublik Deutschland, wird genau diese auch vehement verteidigt, wenn berechtigt Missstände angezeigt werden.

Die Betroffenen verstummen meist schnell wieder, viele nehmen sich vor, nie wieder etwas zu sagen, nicht wenige beginnen sogar zu zweifeln, ob sie überhaupt ein Recht haben sich aufzuregen, wo es doch auch Hass gegen Brillenträger und Rothaarige gibt.

So läuft die Auseinandersetzung über Rassismus nicht wegen der politischen Rechten ins Leere, das wäre ja sogar eine klare Chance der Abgrenzung, sie würgt sich ab, weil die Abgrenzung vom vermeintlich „Fremden“ etwas ist, dass alle betrifft und nur durch aktive Gegenwehr gegen eigene Ressentiments abzuschaffen ist. Es ist schwer zuzugeben, dass wir alle auch ein wenig schlecht sind und es jeden Tag eine Herausforderung ist, nicht einfach zu pauschalisieren und zu urteilen, um diese unübersichtliche Welt für sich zu bewältigen.

„Empfindlich“ ist also eigentlich die andere Seite, die den Vorwurf nicht diskutieren möchte, da es schlicht ans Eingemachte geht. Deswegen braucht es Kooperation statt Konfrontation, Dialog von Betroffenen und Nichtbetroffenen, um die harte Arbeit gegen Rassismus und Ressentiments endlich aus der Ecke der Sonntagsreden und Lippenbekenntnisse zu holen. Wie werden alle davon profitieren und vielleicht sogar ein wenig besser werden.

 *Bericht in der Süddeutschen Zeitung:
<https://bit.ly/2Mqd52I>

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM

